

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: DDR - Kohlepolitik - EG-Agrarpreise - Japan - IWF**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: DDR - Kohlepolitik - EG-Agrarpreise - Japan - IWF, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 4, pp. 169-170

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136622>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## DDR Neue Monopole?

---

Viele westdeutsche Unternehmen sondieren zur Zeit die Möglichkeiten von Investitionen auf dem Gebiet der DDR. Dies ist einzelwirtschaftlich sinnvoll und wirtschaftspolitisch erwünscht: Je schneller privates Kapital in die DDR fließt, desto besser. Potentielle Kooperationspartner in der DDR sind häufig Monopolisten auf ihren Märkten, und es liegt in der Mentalität der Direktoren, sich vor allem mit sehr großen Unternehmen aus der Bundesrepublik verbünden zu wollen. Andere Investoren aus Westeuropa und Übersee sind hier im Nachteil; ihre Gepflogenheiten, Sprache und Unternehmenskultur sind in der DDR zu wenig bekannt. So liegt es nahe, daß Großunternehmen aus der Bundesrepublik über Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der DDR Monopolstellungen anstreben und auch erreichen. Die Zusammenarbeit von Lufthansa und Interflug oder der Allianz-Versicherung und der Staatsversicherung der DDR sind prominente Beispiele.

In der Aufregung über diese nur teilweise schon vollzogenen Zusammenschlüsse wird leicht verkannt, daß nach der angestrebten deutschen Wirtschafts- und Währungsunion die Unternehmen in der DDR der Konkurrenz auf den Weltmärkten ausgesetzt sein werden und alte Monopolstellungen rasch an Bedeutung verlieren dürften. Diese Einschätzung trifft freilich nicht zu, wenn Ressourcen monopolisiert werden. Solche Ressourcen können auch Humankapital sein, etwa im Falle der Allianz AG die Versicherungsvertreter der DDR. Es liegt in der Kompetenz der Regierung der DDR, solchen offensichtlichen Fehlentwicklungen Einhalt zu gebieten. Ein eigenständiges Kartellrecht muß dafür nicht eingeführt werden. Die Wettbewerbsregelungen der Bundesrepublik Deutschland und der EG werden mit der Vereinigung auch in der dann ehemaligen DDR zur Anwendung kommen. kra

---

## Kohlepolitik Zusätzliche Belastungen

---

Ende März legte die Mikat-Kommission ihren Bericht zu den Perspektiven der deutschen Steinkohle vor, von dem die Bundesregierung sich Entscheidungshilfen für

die zukünftige Kohlepolitik erhoffte. In mehreren Punkten konnte sich die Kommission, die vorwiegend mit Vertretern wirtschaftlicher und politischer Interessen besetzt ist, einigen: Die heimische Steinkohle soll trotz hoher Förderkosten auch in Zukunft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten; die Förderung soll auf die leistungsfähigsten Zechen konzentriert werden, um so das Subventionsvolumen von gegenwärtig rund 11 Mrd. DM im Jahr vermindern zu können; die einseitige Belastung des elektrischen Stroms durch den Kohlepfennig soll durch wettbewerbsneutrale Subventionen aus dem Bundeshaushalt ersetzt werden.

In dem entscheidenden Punkt allerdings, der Höhe der Kohleförderung nach Auslaufen des Jahrhundertvertrags mit den Stromerzeugern Ende 1995, war ein Konsens nicht herzustellen. Eine Minderheit der Kommission sprach sich für eine Kürzung der gegenwärtigen Fördermenge von 70 Mill. Jahrestonnen auf die Hälfte in den nächsten 15 Jahren aus. Die Mehrheit dagegen plädiert für eine mäßigere Einschränkung auf 55 Mill. Tonnen, das sind 10 Mill. Tonnen zusätzlich zu den ohnehin bereits beschlossenen Kürzungen.

Auf den Bundeshaushalt kommen auf jeden Fall zusätzliche Belastungen in Milliardenhöhe zu, wenn der Kohlepfennig, was nun abzusehen ist, 1995 ausläuft. Aber schon vorher wird die Bundesregierung nicht darum herumkommen, eigene Vorstellungen über die Fördermengen und damit auch über das zukünftige Subventionsvolumen vorzulegen, denn die EG-Kommission dürfte die Empfehlungen der Kommissionsmehrheit kaum für ausreichend halten. ma

---

## EG-Agrarpreise Unrealistische Erwartungen

---

Die Verhandlungen über die EG-Agrarpreise (einschließlich flankierender Maßnahmen) für das Wirtschaftsjahr 1990/91 sind Ende März erst einmal geplätzt; die zwölf Landwirtschaftsminister vertagten sich auf Ende April. Der meist quälend langsam verlaufende alljährliche Agrarpoker gehört sicherlich nicht zu den Integrationseuphorie weckenden Aktionen in der Gemeinschaft.

Die im Dezember 1989 von der Kommission angenommenen Preisvorschläge sahen ein Einfrieren der

Garantiepreise für Agrarprodukte auf dem gegenwärtigen Stand mit wenigen Ausnahmen vor. Die als notwendig erachtete drastische Preissenkung bei bestimmten Zitrusfrüchten wurde von den südlichen EG-Staaten zurückgewiesen. Die deutsche Seite wandte sich wiederum vor allem gegen die vorgesehene dreiprozentige Preissenkung bei Getreide, die automatisch erfolgt, wenn die Garantiemenge von 160 Mill. t erreicht ist. Dabei wird hier lediglich einer der 1988 im Zuge der Reformen vereinbarten Stabilisatoren wirksam, der die vormals fast unbegrenzte Absatzgarantie einschränkte.

Die von der irischen Präsidentschaft angebotenen Kompensationen – Verkürzung der Auszahlungsfrist von EG-Geldern beim Ankauf von Agrarprodukten von 110 auf 60 Tage und Rücknahme einer im Vorjahr beschlossenen Kürzung für Lagerbeihilfen – wurden als unzureichend abgelehnt. Ist schon das Angebot von Kompensationen in diesem Zusammenhang nicht akzeptabel, so noch weniger die auf Abschaffung des Stabilisators drängende Haltung des deutschen Agrarministers. Damit werden lediglich unrealistische Erwartungen bei den Bauern geweckt, die sich nach langen Jahren der Marktferne gerade in einem gewissen Umfang an Marktsignale gewöhnen. kr

---

### Japan

## Zitterpartie für die Börsen

---

Der Nikkei-Index ist im ersten Quartal dieses Jahres um fast 25 % gesunken. Welche Folgen das haben kaum, wird hierzulande aber kaum diskutiert. Bislang scheinen ja auch die Märkte Europas, verglichen etwa mit dem New Yorker Crash von 1987, wenig davon berührt. Vieles an dem Tokioter Kurssturz, ebenso wie an dem vorangegangenen Höhenflug, ist „hausgemacht“ und muß andere Börsen nicht in Mitleidenschaft ziehen. Man denke an die fatale Neigung japanischer Investoren, noch auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, wenn andere schon längst in die Gegenrichtung schauen, oder an die Diversifizierungsbestrebungen institutioneller Anleger, die – im ungeeignetsten Zeitpunkt angekündigt – von ihren eigenen Marktwirkungen überrollt zu werden drohen, aber auch an die zögerliche Politik der Bank von Japan, die nicht geeignet ist, Erwartungen der Anleger im eigenen Land zu dämpfen. Kettenreaktionen westlicher Investoren sind davon kaum zu befürchten.

Wie glimpflich die internationalen Finanzmärkte dies-

mal davonkommen werden, ist dennoch offen. Einiges hängt davon ab, welchen Schaden japanische Banken, die eine führende Rolle im internationalen Kreditgeschäft spielen, durch den Kursverfall nehmen. Der Wertverlust ihrer Aktien schmälert ihre Fähigkeit zur Kreditvergabe, und das zu einem Zeitpunkt, in dem der Kapitalbedarf vor allem durch die Ereignisse in Osteuropa zunimmt. Da ist es durchaus denkbar, daß die Entwicklung auf dem japanischen Aktienmarkt längerfristig verstärkt auch international Liquiditätseingüsse und Zinssteigerungen nach sich zieht. Dann aber dürfte sich leicht auch an den Börsen in Frankfurt, New York und London Krisenstimmung breit machen. Die Zitterpartie ist also noch nicht ausgestanden. re

---

### IWF

## Drastische Maßnahme

---

Der Internationale Währungsfonds hat Liberia mit dem Ausschluß gedroht, falls es sich nicht bis zum 30. August mit dem IWF auf eine Tilgungsvereinbarung einigt. Damit ist das westafrikanische Land, neben dem zehn weitere Länder auf der sogenannten schwarzen Liste der in Zahlungsverzug geratenen Mitglieder des IWF stehen, das erste Mitglied, gegenüber dem solch eine drastische Maßnahme ergriffen wird.

Seit 1973 war Liberia beim IWF „Dauerkunde“ gewesen und hatte bis Ende 1984 insgesamt acht Stabilisierungsabkommen mit dem Fonds geschlossen, die die ökonomischen Entwicklungsperspektiven jedoch nicht verbessern konnten. Seit Dezember 1984 ist Liberia seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem IWF nicht mehr nachgekommen. Diese betragen inzwischen 391 Mill. \$ bzw. 426,5 % der Quote des Landes. Bereits Anfang 1986 hatte der IWF Liberia den Zugang zu den Fondsressourcen untersagt. Ende 1987 wurde das IWF-Büro in Liberia geschlossen. Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen dem IWF und Liberia seit September 1989 führte bisher zu keinen befriedigenden Ergebnissen.

Die Zahlungsunfähigkeit ist das Ergebnis einer durch entwicklungshemmende sozioökonomische Maßnahmen bedingten Mißwirtschaft. Ein Ausschluß Liberias aus dem IWF würde einen Präzedenzfall darstellen, der hoffentlich als Warnung von Mißwirtschaft und nicht als Ausdruck der Unterdrückung des Schwächeren durch den Stärkeren interpretiert wird. rs